

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 10 (1930-1931)
Heft: 5-6

Artikel: Das Verhältnis der Sudetendeutschen zum tschechoslowakischen Staat
Autor: Sebekovsky, Wilhelm J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157209>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kampf sowohl wie gegen das Pontifikat der Angelsachsen. Mit einem Worte: Die europäische Wirtschaftseinheit wird zur historischen Forderung, was auch immer in den Noten der Regierungen an Warnungen vor kontinentaler Gruppenbildung stehen möge. Die belgische Regierung kommt dieser Einsicht noch am nächsten. Und diese Wirtschaftseinheit ist einzusetzen gegen die das ganze Chaos verursachende Kraft der amerikanischen Wirtschaft. Bedarfseinschränkung, erhöhte Eigenproduktion, Bezug aus anderen Ländern, Rohstoffersatz sind die Waffen in diesem Kampf, der bestimmt ist, die Vereinigten Staaten aus überherrschender Stellung in Reich und Glied zurückzuzwingen und ihnen den Ueberlaß zu bereiten, den sie und die Welt zur Gesundheit brauchen. Europas Machtmittel müßten, zusammengefaßt, für diese Aufgabe ausreichen. Trotz hoffnungsvoller Einschätzung aller Momente, die eine baldige Entscheidung hinauszögern, besteht sonst, wie der Weltkrieg gelehrt hat, die Gefahr einer Zuspitzung der Gegensätze, bis keine Macht der Welt mehr das Verhängnis aufhalten kann. Die heute in Bewegung geratenen Kräfte übertreffen aber noch die des Weltkriegs.

Das Verhältnis der Sudetendeutschen zum tschechoslowakischen Staat.

Von Wilhelm J. Sebekovský.

1. Das Bild der Lage.

Parlament und Regierung des tschechoslowakischen Staates sind in die Ferien gegangen. Damit scheint ein erster Abschnitt der politischen Tätigkeit abgeschlossen zu sein, der mit den Neuwahlen im Herbst vergangenen Jahres begonnen hat und einer neuen Regierung Gelegenheit gab, die Geschicke des Landes nach ihrem besten Wissen und Gewissen zu lenken. Die Wahlen im Oktober des Jahres 1929 sind weniger nationalitätenrechtlich von Bedeutung als vielmehr deshalb, weil sie den sozialistischen Parteien aller Völker, die in der Tschechoslowakei ihren Wohnsitz haben, einen Stimmen- und Machtzuwachs gebracht haben. Das mag vor allem darin seinen Grund haben, daß von 1926 bis 1929 eine Bürgerblockregierung an der Herrschaft war, welche dem Sozialismus übergenug Gelegenheit gab, Kritik zu üben und den Wählermassen zugkräftige Versprechungen zu machen. Dem tschechischen Agrarier Udrzal, der mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt wurde, ist es auch nicht gelungen, eine tragfähige Koalition aus bürgerlichen Parteien zustande zu bringen und er sah sich nach wochenlangen Verhandlungen gezwungen, alle drei sozialistischen Parteien: die tschechischen Nationalsozialisten, die deutschen Sozialdemokraten und die tschechischen Sozialdemokraten zur Bildung einer Parlamentsmehrheit heranzuziehen. Die gegenwärtige Regierung ist also wiederum eine national gemischte. Auf deutscher Seite wurden die Christlichsozialen und die Gewerbspartei ausgeschifft, ihre Stelle nehmen nunmehr die Sozialdemo-

kraten ein, deren Ministerkandidat Dr. Czech das Fürsorgeministerium erhielt; die deutsche Agrarpartei blieb auch weiterhin an Seite der Regierung, in der sie Dr. Spina wie bisher vertritt. Rein aus der Ressortverteilung ergibt sich, daß der deutsche Anteil geringer geworden ist: Wohl vertreten wie in der verfloßenen Regierungsepöche zwei deutsche Minister die Interessen ihrer Partei und gelten so gleichzeitig als Repräsentanten des Sudetendeutschtums und als Beweis tschechischer Loyalität, die auch Angehörigen des Sudetendeutschtums „Rechte“ antweist, wenn sie sich für die „Notwendigkeiten des Staates“ einsetzen; während jedoch der Christlich-soziale Mahr-Harting das Justizministerium verwaltete, wurde dem Sozialdemokraten Czech nur das Fürsorgeministerium überwiesen; und auch Dr. Spina hat das einflußreichere Arbeitsministerium abgeben müssen und dafür lediglich das Ministerium für Gesundheitswesen eingetauscht. Auch die folgende Tatsache muß noch im Rahmen dieses Aufsatzes vermerkt werden, wenn ein vollständiges Bild von der politischen Lage des Sudetendeutschtums gegeben werden soll. Von der ursprünglich allen deutschen Parteien gemeinsamen staatsfeindlichen, negativistischen Einstellung, die „realpolitisch“ erfolglos geblieben ist (die Gründe sollen hier nicht näher untersucht werden), hatte sich bald eine Richtung abgespalten, die unter dem Schlagworte „Aktivismus“ bekannt geworden ist. Sie glaubt durch eine „Machtbeteiligung am Staate“ die berechtigten Forderungen der Sudetendeutschen eher und besser erfüllen zu können, als durch eine grundsätzliche Opposition. Der Versuch wurde 1926 zum ersten Male unternommen und ist auch in der neuen Regierung weiter fortgeführt worden. Lediglich einige Rollen wurden getauscht, an Stelle der deutschen Christlichsozialen sind die Sozialdemokraten getreten und auch die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, die geführt von Prof. Raska und Dr. Rosche mit der deutschen Agrarpartei eine Wahlgemeinschaft abgeschlossen hatte, ist als aktivistische Gruppe zu bezeichnen. Wir können also feststellen, daß mit Ausnahme der deutschen Nationalpartei und der deutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die ihre staatsverneinende Haltung nicht aufgegeben haben und unentwegt das „Selbstbestimmungsrecht“ für das Sudetendeutschtum fordern, alle aktivistisch eingestellten Gruppen entweder schon an der Regierung beteiligt waren oder noch in der Regierung sind, also ebenfalls schon die Probe auf das Exempel liefern konnten, ob ihre Politik zum Ziele führt. Wir wollen unserer Schlußfolgerung nicht vorgreifen, die wir aus dem bisherigen Verlaufe der Regierungstätigkeit ziehen können, jedenfalls darf jedoch schon an dieser Stelle gesagt werden, daß sich der Irrtum, aus taktischen Fragen grundsätzliche und programmatische zu machen, verhängnisvoll für eine sudetendeutsche Volks- und Kulturpolitik ausgewirkt hat und die Hauptursache der Zersplitterung geworden ist.

Das Arbeitsprogramm, das sich die Regierung Udrzal gestellt hat, kann in zwei Etappen geteilt werden. Was hiebei vor allem in die Augen fällt, ist das Überwiegen rein wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Die Parallele zu den beiden deutschen mitteleuropäischen Nachbarn der Tschechoslowakei drängt sich auf, es sind dieselben Probleme, die in Deutschland und Österreich die politischen Debatten beherrschen: die allgemeine Wirt-

schaftskrise, insbesondere die Not der Landwirtschaft, sozialpolitische Maßnahmen, die der Überbureaufratifizierung und einem ungesunden Rentnertum steuern sollen, und Reformen des Finanzwesens. In der Tschechoslowakei sind die Schwierigkeiten besonders groß, was einerseits mit ihrer völkischen Struktur zusammenhängt, andererseits dadurch erklärt werden kann, daß in der gegenwärtigen Parlamentsmehrheit, die sich aus so verschiedenen Elementen zusammensetzt, die Verständigung von Partei zu Partei schwieriger ist als früher. Unter großer Mühe sind die agrarischen Vorlagen geborgen worden. Ausständig ist noch die Erledigung der sozialpolitischen Entwürfe, die insbesondere Fragen der Arbeitslosenversicherung betreffen. Obwohl das Arbeitsprogramm der Regierung minimal zu nennen ist, hat sie doch nicht die Kraft aufgebracht, auch die zweite Etappe zu überwinden, und hat es vorgezogen, noch vor Beratung der sozialpolitischen Entwürfe in die Ferien zu gehen. Eine große Rolle spielte hierbei auch die Frage der Deckung des durch die neugeschaffene und neu zu schaffenden Gesetze verursachten Aufwandes. Die Deckungsvorschläge des Finanzministers Englisch (Erhöhung der Personentarife, Einführung einer Biersteuer, Erhöhung der Umsatzsteuer) wurden sämtlich zurückgewiesen und zur selben Zeit, da der deutsche Finanzminister Moldenhauer von seinem Posten zurücktreten mußte, konnte man auch von den Demissionsdrohungen Dr. Englischs erfahren, der der Lage ebenfalls nicht Herr zu werden scheint.

Wir sehen also, daß auch die Tschechoslowakei in die allgemeine Krisenstimmung mit hineingezogen ist, die sich in Europa immer mehr ausbreitet. Noch vor kurzer Zeit war „Konsolidierung“ eines der vielgerufensten Schlagworte im Leben des tschechischen Volkes. Das Wort ist gegenwärtig aus dem politischen Sprachschatz verschwunden. Aber nicht deshalb, weil die tschechischen Forderungen Erfüllung gefunden haben. Wenigstens nicht in wirtschaftlicher Hinsicht. Wie steht es jedoch mit der politisch-völkischen Seite? Ist hier eine Befriedigung eingetreten, so daß die Rufer verstummen durften? Fast will es so scheinen. Denn die Forderung nach Ausbau und Erhaltung der errungenen Positionen, die von tschechisch-nationaler Seite seinerzeit erhoben wurde, bedeutete ein Programm, sie ging auf nichts anderes hinaus, als auf die Verewigung des durch den Kriegsausgang geschaffenen innen- und außenpolitischen Zustandes der Tschechoslowakei. Und die ursprünglich einmütige Front, welche die Sudetendeutschen, Ungarn, zu einem Teile auch die Slowaken gegen diese tschechische Hegemonie, gegen die Entrechtung, Unterdrückung und Benachteiligung im Innern und gegen das außenpolitische Trabantenverhältnis zu Frankreich bezogen hatten, hat sich aufgelöst. Der Kampf wird wohl fortgeführt, ohne daß jedoch eine Besserstellung erreicht worden wäre. Hiefür bietet gerade das sudetendeutsche Schicksal den Beweis. Auf der anderen, auf tschechischer Seite ist dagegen von einem Nachlassen nationaler Aggressivität so gut wie nichts zu merken. Davon zeugt beispielsweise die wütende Hege, die im Zeitalter europäischer Verständigung gegen die Aufführung deutscher Tonfilme unternommen wurde, davon zeugen die Demonstrationen tschechischer Turner im sudetendeutschen Gebiet; die Wälderenteignung wird weiterhin auf Kosten des deutschen Besitzstandes durchgeführt, der tsche-

chische Wirtschaftskrieg dauert mit unverminderter Heftigkeit an, die Zahl der deutschen Staatsbeamten ist weiterhin im Schwinden; die versprochene Schulautonomie wird nicht gewährt, auf keinem einzigen Gebiete ist festzustellen, daß sich die Lage des Deutschtums auch nur im geringsten gebessert hätte. Das traurigste Kapitel bildet wohl das deutsche Erziehungswesen. In den zehn Jahren seit 1918 sind mit Berücksichtigung der neu errichteten 294 deutsche Schulen und 2921 deutsche Klassen verloren gegangen. Insbesondere in den national gemischten Gebieten ist die Gefahr der Entnationalisierung ungeheuer groß. Das beweist am eindrucklichsten der Stand des deutschen und tschechischen Minderheitenschulwesens. In Böhmen gibt es 117 tschechische, 6 deutsche Minderheitsbürgerschulen und 760 tschechische, 14 deutsche Minderheitsvolkschulen; in Mähren-Schlesien kommt gar nur eine deutsche Minderheitsbürgerschule auf 63 tschechische und drei deutsche Minderheitsvolkschulen auf 314 tschechische. Dabei sind die deutschen Schulen doppelt so stark besucht, wie die tschechischen; in Böhmen beispielsweise beträgt die Schülerzahl in einer tschechischen Schule 14, in einer deutschen dagegen 97.¹⁾ Die Erfolglosigkeit der deutschen parlamentarischen Politik und die Uneinigkeit innerhalb des sudetendeutschen Parteienwesens übt natürlich einen verderblichen erzieherischen Einfluß auf die deutsche Bevölkerung selbst aus, deren beste Kräfte sich resigniert von jeder politischen Tätigkeit zurückziehen und ihre Arbeit auf andere Gebiete verlegen. Davon soll später noch einmal die Rede sein.

Noch ein Ereignis gilt es zu behandeln, das sich auf der parlamentarischen Bühne abgespielt hat, obwohl es bisher nur einen Schlag ins Wasser bedeutet. Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Minderheiten ohne Unterschied der Nationalität und des politischen Bekenntnisses (also die Sudetendeutschen, Ungarn, Polen und Karpathorussen) haben am 3. April einen gemeinsamen Antrag auf Errichtung eines Ausschusses für die nationalen Minderheiten gestellt. Dieser Ausschuß soll eine parlamentarische Lösung der Minderheitenfrage herbeiführen. In der ausführlichen Begründung wurde erklärt, daß die Beteiligung deutscher Parteien an der Regierung allein keine Lösung der nationalen Frage bedeute und daß eine Lösung dieser Frage die Voraussetzung des inneren Friedens im Staate darstelle. Es ist bezeichnend, daß dieser Antrag von der gesamten tschechischen Presse abgelehnt wurde, die die Minderheitenfrage als durch die Verfassung und die Friedensverträge gelöst erklärte. Welches war nun das parlamentarische Schicksal dieses Antrages? Er wurde einem Ausschusse überwiesen und ist bis zu Beginn des Juni überhaupt noch nicht in Druck gelegt worden. Wann er zur Behandlung kommt, weiß niemand.

2. Grundsätzliche Bemerkungen zu einer Neuordnung der deutsch-tschechischen Beziehungen.

„Parlamentarische Lösung der Minderheitenfrage“? Wer die politische Entwicklung in der Tschechoslowakei verfolgt hat, wird von diesem Vorschlage wenig erwarten können. Dem Versuche einer parlamentarischen Lö-

¹⁾ Aus „Statistik des Volks- und Bürgerschulwesens nach dem Stande vom 31. Oktober 1929“ herausgegeben vom Statistischen Staatsamt, Prag.

lung der Minderheitenfrage wird derselbe Erfolg beschieden sein, wie alle bisherigen Versuche, das Minderheitenproblem international, durch den Völkerbund, durch interparlamentarische Unionen, neuerdings wieder durch Briands Paneuropa lösen zu wollen. Der Grund des Versagens aller Minderheitenpolitik, insbesondere der sudetendeutschen Politik, liegt viel tiefer, als daß es gelingen könnte, durch eine so äußerliche Maßnahme, wie es die Errichtung eines Parlamentsausschusses wäre, dem Problem auf den Grund zu kommen. Die Sudetendeutschen werden erst dann eine erfolgreiche Politik durchführen können, wenn sie bei sich selber beginnen und die Wurzeln aller Uneinigkeit ausreißen. Darum geht es nämlich, daß sich ein einiges Sudetendeutschtum eine politische Instanz schafft, die für die Gesamtheit verantwortlich spricht und handelt. Langsam bricht sich auch diese Erkenntnis Bahn und wir wollen dankbar verzeichnen, was von dieser neuen Haltung in der verflossenen Epoche sichtbar geworden ist. Allem voran stehe eine Rede, die Senator Dr. Franz Jesser anläßlich der 11. Hauptversammlung des deutschen Kulturverbandes, des größten sudetendeutschen Schutzvereins, gehalten hat und wo er von der Notwendigkeit sprach, die Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien zu einer politischen Nation zu erziehen, zu einem Volke, das sich nicht nur als eine Gemeinschaft der Sprache und Kultur, sondern auch als eine Gemeinschaft der Wirtschaft, aller Lebensäußerungen überhaupt erkennt und diese Gemeinschaft bewußt wertet und entwickelt. „Wir stehen,“ führte er aus, „in der Wandlung aus Deutschböhmen, Deutschmähren, Deutschschlesiern zu Sudetendeutschen, aus Landsmannschaften zum sudetendeutschen Volke.“ Als kleinen Ansatzpunkt zu künftiger sudetendeutscher Gemeinsamkeit wollen wir ebenfalls werten, daß in der Parlamentsdebatte über die Ergebnisse der Haager Konferenz alle deutschen Sprecher ihre einmütige Zustimmung zu dem Wunsche Prof. Rastkas gaben, der davon sprach, der Konferenz im Haag eine Konferenz in Prag folgen zu lassen. Der Deutschnationaler Dr. Hassold führte den Gedanken dann weiter aus, indem er sagte: „Möge sich die Entwicklung wie immer gestalten, für eine gewisse Periode der Geschichte stehen wir in diesem Staate und darum muß der Versuch gemacht werden, daß die im Staate lebenden Völker zu einem modus vivendi kommen. Die Entwicklung dieser dritten parlamentarischen Periode wäre die, daß nach der wirtschaftlichen Annäherung der zweiten Periode auch eine nationale Lebensmöglichkeit gesucht wird.“

Von besonderer Wichtigkeit scheint in diesem Zusammenhange noch die Stimme eines führenden Menschen aus der Jugendbewegung, der in einem Aufsatze in der Prager Zeitung „Bohemia“ vom 7. Juni versucht, die politische Gedankenwelt der jungen Generation des Sudetendeutschtums darzustellen. Als Objekt diente das Parteienwesen, das von der völkischpolitischen und der wirtschaftlichen Seite her beleuchtet wird. Ausgehend von einer Kritik an der geistigen Grundhaltung der heute das öffentliche Leben bestimmenden Generation, welche „die traditionellen Ideale der Demokratie und des Liberalismus“ hochhalte, und von einer Kritik an der politischen Form dieses liberal-individualistischen Systems, dem Parteienstaate, kommt der Verfasser auf die Problematik zu sprechen, die die Heran-

wachsenden heute bewegt. Von einer „Krise des Parteienstaates“ zu sprechen, ist ja nun nicht neu, sie bildet ein ständiges Gesprächsthema aller politischen Debatten. Während die Alten jedoch die überkommene Ordnung grundsätzlich beibehalten wollen und glauben, durch Reformen den Mißständen abhelfen zu können, werden hier am geistigen Gedankenkreise selbst, der zu Grunde liegt, wird an der weltanschaulichen Idee des Liberalismus Zweifel laut. Dies läßt aufhorchen und zwingt jeden, der die Schicht der etwa 18- bis 25-Jährigen nicht bloß als Altersklasse, sondern eben auch als Generation, als Träger der Zukunft, betrachtet, Stellung zu beziehen. Und wenn wir die Zeichen der Zeit richtig verstehen, so bricht sich nicht nur innerhalb der subetendeutschen Jugend, sondern innerhalb des Deutschtums überhaupt eine neue Anschauung von den völkischen und politischen Werten Bahn, die nicht plötzlich kommt, sondern schon länger zurückverfolgt werden kann. Sicherlich: Wenn Liberalismus so ausgelegt wird, als sei der Einzelne als solcher die einzig treibende Kraft und demnach auch das letzte Ziel in Politik und Geschichte, dieser Einzelne, der umso besser gedeihe, je freier, ungebundener er sein Schicksal gestalten könne, dann erscheint dieser Liberalismus heute schon in einer Abwehrstellung. Eine solche Auffassung vom Wesen der Gesellschaft wird heute von einem lebendigen Erlebnis angegriffen, dem sie immer schwerer Widerstand zu leisten scheint. Gerade die Jugendbewegung, welcher der Verfasser des herangezogenen Artikels entstammt, lebt von der schöpferischen Kraft der „Gemeinschaft“ und führt zu einer neuen Lebensanschauung, von der uns auch die Kriegsbücher der jüngsten Zeit berichten, die das Kameradschaftserlebnis der Frontkämpfer, die Verbundenheit einer Soldatenschar, in den Mittelpunkt ihrer Gestaltung rücken. Von einer solchen erlebnismäßig begründeten Anschauung aus wird nun auch die Erscheinung von Volk und Staat anders betrachtet und gewertet. Volk wird als organisch gewachsene Gemeinschaft definiert, die nicht von der Summierung der Einzelmenschen her verstanden werden kann, sondern gewissermaßen ein ewiges eigengesellschaftliches Leben führt. Der Gedanke der „Volksgemeinschaft“, deren Glieder die einzelnen Volksgenossen sind, gewinnt politische Auswirkung, die Verbundenheit aller Deutschen über die staatlichen Grenzen hinweg gewährt in schwerer Not den völkischen Minderheiten Trost.

Es ist nun tragisch zu nennen, daß die politischen Vertretungsformen des Volkes hinter dieser Neueinsicht zurückgeblieben sind. Das Parteiensystem beruht notwendig auf der Fiktion, daß durch Summierung der Einzelwillen der Gesamtwille des Volkes sich bilde, daß die Erfordernisse der Volksgemeinschaft, die doch ein organisches Ganzes bildet, dann zum Ausdruck kämen, wenn man die Stimmen der Wähler zähle, wobei theoretisch die Mehrheit das Recht haben soll, für die Gesamtheit zu sprechen, und in der politischen Praxis durch Kompromiß der verschiedensten Parteienanschauungen das Interesse des völkischen Ganzen völlige Erfüllung finden soll. Die Träger der neuen Haltung haben nun, und zwar in Verkennung der politisch-staatlichen Funktionen innerhalb der Gemeinschaft eines Volkes, den Kampf um das Neue nicht auf der politischen Ebene ausgetragen, sondern unter Mißachtung der Politik, das heißt hier auch der Parteien,

die Arbeit im kulturellen Bereich an die erste Stelle gerückt. Im Ausbau der kulturellen Organisationen erschöpfen sich heute die besten Kräfte des Sudetendeutchtums und insbesondere die Jugend mißachtet jede parteipolitische Tätigkeit, die günstigsten Falls nur insoweit verfolgt wird, als sie Kulturangelegenheiten zum Verhandlungsgegenstande macht. Das ist nun eine verhängnisvolle Verkennung dessen, was wir die politische Geschlossenheit eines Volkes oder Volksteiles, wie in unserem Falle, das heißt die Staatlichkeit eines Volkes nennen können. Eine völkische Gemeinschaft hat in sich eben nicht nur kulturelle und wirtschaftliche, sondern auch staatlich-politische Leistungen zu vollbringen, ja es gibt auf die Dauer überhaupt kein kulturelles Leben und keine gedeihliche Wirtschaftsentwicklung ohne die entsprechende Entfaltung der politischen Kräfte. Es wird tiefergehend ausgeführt werden, daß unter Staatlichkeit hier nur ein Gradbegriff verstanden wird, jedenfalls gilt jedoch grundsätzlich, daß die führenden Leistungen einer Staatspolitik, die eben nicht nur neben, sondern über Kultur- und Wirtschaftspolitik existiert, wieder herausgestellt werden müssen. Die kulturelle Richtung innerhalb des Sudetendeutchtums verwechselt Staatsform mit Staatlichkeit, die kein Volk je entbehren kann, und schüttet das Kind mit dem Bade aus, wenn sie mit der parteipolitischen Tätigkeit unzufrieden ist und dann ganz allgemein vor ihr Programm das Motto setzt: Politisch Lied — ein garstig Lied.

Der Verfasser des Artikels kommt bei der rückschauenden Betrachtung auf das sudetendeutsche Parteiwesen zu dem Schlusse, daß ein Rückgang der offiziell als Volksparteien bezeichneten Parteikörper und eine Stärkung der Interessen- und Standesparteien festgestellt werden kann. Lassen wir vorläufig außer Acht, ob diese Entwicklung gut oder schlecht ist, jedenfalls liegt es in der Struktur des Parteienstaates, daß seine Träger, die Parteien, immer radikaler die Interessen ihrer Wählerschaft vertreten müssen und in der autoritätslosen Massendemokratie der Gegenwart, die zu einer heillosen Verwirtschaftlichung des Staates geführt hat, sind diese Interessen rein wirtschaftlicher Natur. Ja, ein angesehener reichsdeutscher Publizist, Prof. J. M. Bonn, hat darauf hingewiesen, daß alle Parteien, auch diejenigen, die sich noch immer weltanschauliche nennen, reine Vertreter der wirtschaftlichen Berufsinteressen ihrer Wähler geworden sind. So gesehen, ist es ehrlich und im Zuge der Entwicklung liegend, wenn beispielsweise die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft offen mit einem wirtschaftsständischen Programm vor die Öffentlichkeit getreten ist. An diesem Punkte erhebt sich jedoch die schicksalschwere Frage, wer denn die Interessen des Ganzen der Volksgemeinschaft vertreten soll, wenn sich die politischen Parteien immer deutlicher zu reinen Interessenparteien, lediglich zu Wortsprechern der Wirtschaftsnöte ihrer Wählermassen entwickeln. Am selben Tage, an welchem der herangezogene Artikel erschien, hielt nun Senator Kostíka von der Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft eine Rede, in welcher er unter anderem sagte: Auch in der Tschechoslowakei habe sich der wirtschaftliche Gedanke gegen den rein politischen durchgesetzt. Ist dies nun wirklich eine Entwicklung, die vom Geiste der jungen Generation getragen ist? Bedeutet dies nicht vielmehr das Endstadium der jedem Parteien-

staaten innewohnenden Tendenz, die auf die kapitalistische Verwirtschaftlichung des Staates abzielt, auf die Leugnung eigener politisch-staatlicher Kräfte, ein Endstadium, dessen Grundgesetz Walter Rathenau erlassen hat und welches lautet: Wirtschaft ist Schicksal. Das wirtschaftliche Moment wird zu stark betont, ohne daß die Notwendigkeit einer darüber stehenden Instanz, und zwar einer sudetendeutschen Instanz, herausgestellt würde. Ebenso wie von der kulturellen Seite her, wie oben ausgeführt wurde, wird auch von der wirtschaftlichen Seite her, das besondere und selbständige Gebiet einer „Staatspolitik“, das heißt hier einer gesamtvölkischen sudetendeutschen Politik vernachlässigt und in den Hintergrund gestellt. Senator Kofka sagt allerdings in derselben Rede auch, daß eine „weitere Zusammenfassung“ gefunden werden müsse, die zu schaffen sich die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft zur Aufgabe gesetzt habe. An dieses Schlagwort der „Zusammenfassung“ über alle Einzelinteressen hinaus, wollen wir uns halten. Eine solche Zusammenfassung, eine neue staatliche Haltung des Sudetendeutschtums ist nötig, wenn es nicht der Spielball in den Händen der anderen sein und bleiben soll. Die Schaffung einer Einheitsfront ist nötig, in der alle sudetendeutschen Parteien vertreten sein müssen. Heute sind sie allerdings noch weit von diesem Ideal entfernt; nun, wenn sie auch weiterhin versagen und zu keiner Gemeinsamkeit gelangen können, werden sie einmal von Mächten, die hinter ihnen stehen, dazu gezwungen werden müssen. Es gärt schon lange in der jungen Schicht des Sudetendeutschtums, die aus einer tiefen Sehnsucht nach einem einheitlichen Sudetendeutschtum heraus über neue Mittel und Wege hierzu berät.

Diese neue erlebnismäßige Haltung, die hier durchbricht, hat jedoch auch schon ihren theoretisch-wissenschaftlichen Niederschlag gefunden, dessen Grundgedanken wir abschließend noch herausstellen wollen.²⁾

Jedes völkische Gemeinwesen, jedes Volk, jeder Volksteil, jedes kleinste völkische Absprengsel, hat die Tendenz, sich zu organisieren, das heißt alle seine kulturellen und wirtschaftlichen Lebensäußerungen mit einer schützenden Hülle zu umgeben. Leistungen dieser Art: planmäßige Ausgestaltung alles Lebens, Zueinanderordnung der einzelnen Bereiche, Schutz, Verteidigung und Vertretung aller völkischen Lebensvorgänge werden als Staatsleistungen bezeichnet. Hieraus ergibt sich nun, daß der Begriff der Staatlichkeit die verschiedensten Abstufungen erfahren kann, nach Art und Stärke der konkreten Organisationstätigkeit eines bestimmten Volkes oder Volksteiles verschieden, daß nicht nur volle Souveränität das Wesen des Staates ausmacht, sondern daß alle Versuche einer völkischen Zusammenfassung, mögen sie nun „Volkorganisation“, „Autonomie“ oder sonstwie heißen, Ausdruck des jedem Volke gemäßen Strebens nach Staatlichkeit sind. Selbstverständlich wird der Grad und die Organisationshöhe einer derartigen Staatshaftigkeit nicht nur von den äußeren Gegebenheiten und der jeweils geschichtlichen Lage abhängen, in der sich ein Volk befindet, sondern auch von dem besonderen Charakter und der Wesensfülle, die jedem Volk ge-

²⁾ Siehe zum folgenden den Aufsatz Walter Heinrichs im „Sudetendeutsches Jahrbuch für 1930“.

geben sind. Jedes Volk hat das Streben, nicht nur seine sprachlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Fähigkeiten voll auszuschöpfen, sondern es hat auch den natürlichen Trieb, die in ihm ruhenden staatsbildenden Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Es genügt jedoch nicht zu sagen, daß jeder völkische Körper neben den vielen anderen Leistungen, wie Pflege seiner Sprache, seiner Kunst, seines Erziehungswesens u. s. w. „auch“ politische Leistungen zu vollbringen hat. Vielmehr müssen gerade diese politischen Leistungen an die erste Stelle gerückt werden. Denn in der geschichtlichen Wirklichkeit gibt es auf die Dauer keinerlei kulturelles und wirtschaftliches Leben, ohne daß auch die wesensgemäßen politischen Kräfte entwickelt werden. Die staatlich-politischen Leistungen sind von führender Bedeutung, sie ermöglichen überhaupt erst den Bestand und die gedeihliche Entwicklung aller übrigen Lebenskreise des Volkes, da sie deren organisatorische Zusammenfassung im Inneren durchführen und ihre Gesamtheit als völkisches Ganzes nach außen hin vertreten und verteidigen. Die völkische Gesellschaft ist wie der menschliche Körper: genau so wie dieser zugrunde geht oder nur als Krüppel weiter lebt, wenn ihm gewisse Organe abgetötet werden, so lebt ein Volk nur ein Invalidendasein, muß sogar in naher oder ferner Zukunft notwendig untergehen, wenn es keine Staatlichkeit aus eigenen Kräften, die ihm wesensgemäß ist, entwickelt oder entwickeln kann. Es ist also falsch, zu glauben, daß man damit alles für den Fortbestand seines Volkes getan habe, wenn man lediglich Kultur- oder bestenfalls noch Wirtschaftspolitik betreibt. Nie war die Lage so, daß in den Nationalitätenstaaten das Volkstum der Minderheiten im Kampfe gegen den Staat stand. Immer steht Staatlichkeit gegen Staatlichkeit: und zwar die vollentwickelte Staatlichkeit des staatsführenden Volkes, des „Staatsvolkes“, gegen die schwach oder kaum entfaltete Staatlichkeit der Völker, die in der Minderheit sind. Will also ein Minoritätenvolk bestehen, so muß es sich eine politische Führung setzen, die in sich alle Streitigkeiten und Konflikte zur Austragung bringt, die vor allen Einzelinteressen das Wohl des Volksganzen im Auge hat. Ist ein Volk unfähig, dieses Organisationsgesetz geschichtlichen Lebens zu befolgen, dann ist es sein gerechtes Los, Objekt der Geschichte zu sein und zu bleiben.

Es ist nicht allzu schwer, das bisher Gesagte auf den tschechoslowakischen Staat in Anwendung zu bringen. Seit zehn Jahren sprechen und schreiben die Sudetendeutschen über ihr Parteienchaos, über die Zerrissenheit ihres Stammes, über die politische Ohnmacht u. s. w. Die Lage des Sudetendeutentums ist eben die, daß es uneins und zersplittert mit einer unvollkommenen Staatlichkeit gegen die höchst entwickelte staatliche Macht des Tschechentums steht; der sudetendeutsche Volksteil läßt sich heute in hohem Maße seine staatlich-politischen Funktionen durch das tschechische Volk ersetzen und abnehmen. Was heute „tschechoslowakischer Staat“ genannt wird, ist politisch gesehen ein Mechanismus mit Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Rechtsprechungsapparatur u. s. w., der von den Tschechen benützt wird, um ihre Staatlichkeit auszuleben. Dies bedeutet es auch, wenn Abgeordneter Dr. Rosche anlässlich einer Ansprache am 22. Juni im deutschen Böhmerwald feststellte, daß die bisherige Form der Zusammenarbeit von Deut-

tschen und Tschechen die Lösung des Nationalitätenproblems nicht bringe; daß es in Wirklichkeit in der Tschechoslowakei zwei Regierungen gebe: die offizielle, in der auch die Deutschen sitzen und die inoffizielle, die Nebenregierung, mit Ausschluß der Deutschen. Und gerade letztere macht in Wirklichkeit die Politik des tschechoslowakischen Staates. Sudetendeutschtum und Slowakentum, soweit letzteres als „Nation“ ein Eigenleben führen will, werden ihre Selbständigkeit nur erringen und bewahren können, wenn sie bewußt das Grundgesetz der Geschichte befolgen, die immer nur Staatsgeschichte gewesen ist, und ihrem Wesen und den Umständen entsprechend ihre staatlichen Kräfte entwickeln. Sicherlich ist dies in erster Linie eine Frage der eigenen völkischen Substanz. Aber auch den Tschechen muß angesichts der heutigen Lage der Staatsführung und ihrer Ergebnisse nachdrücklich gesagt werden, daß die Entwicklung zur möglichsten Verselbständigung der einzelnen Völker auch in ihrem Interesse liegt. Das politische Handeln gemäß der heutigen Staatsauffassung läßt den Minderheiten nur diese Möglichkeiten: entweder die Irredenta, da sie sich in den gegebenen Grenzen nicht ausleben können, oder den Verlust ihrer nationalen Würde und den schließlichen Untergang. Dazwischen, auf dem Wege zur einen oder der anderen Möglichkeit, liegt jedoch all die Krisenhaftigkeit und Labilität des „tschechoslowakischen Staates“, von der das „Staatsvolk“ der Tschechen in erster Linie betroffen ist.

Die Erwägungen, die im Vorstehenden angestellt wurden, sind rein grundsätzlicher Natur und können erst dann politische Wirklichkeit gewinnen, wenn die realen Gegebenheiten mit in den Kreis der Behandlung einbezogen werden. Dies zu tun, wird Sache der politischen Führung sein, über die heute noch nichts ausgesagt werden kann.

Wehrwille und Wehrfähigkeit.

II.

Bemerkungen zum religiös begründeten Antimilitarismus.

Von Eduard Blocher.

Die nachstehenden Bemerkungen zum religiös begründeten Antimilitarismus übergebe ich ungern der Öffentlichkeit. Ich möchte nicht den Schein erwecken, als ob damit etwas zugunsten des Krieges gesagt werden sollte; diese Auslegung aber wird heute jedem Einwand gegen den theologischen sogenannten Pazifismus gegeben. Es handelt sich wirklich nur um Bemerkungen, die zur Lösung der heute so eifrig umstrittenen Fragen beitragen sollen.

1. Zuerst die Frage: Gibt es überhaupt Pazifisten, d. h. Leute, die (nicht nur den innigen Wunsch haben, den wir alle mit Inbrunst hegen, sondern auch) an die Möglichkeit glauben, die Anwendung von Gewalt lasse sich aus dem Völkerleben ganz beseitigen, und die deshalb bereit sind,